

OSI-Diplomfeier am 8. Juli 2005

Begrüßungsrede von Prof. Dr. Bodo Zeuner, Geschäftsführender Direktor OSI

Liebe Diplomandinnen und Diplomanden, Sie begrüße ich zuerst, denn das ist Ihr Fest,

liebe Gesine Schwan, verehrte Frau Präsidentin der Europa-Universität Viadrina im nahen Frankfurt, Sie begrüße ich im möglichst selben Atemzug, denn dieses Fest, diese Veranstaltung der feierlichen Verabschiedung unserer Absolventen, wurde von Ihnen erfunden, als Sie Dekanin des OSI waren.

Ich begrüße die Angehörigen der heute Diplomierten.

Ich begrüße den Vizepräsidenten der Freien Universität, unseren Kollegen Prof. Dr. Werner Väth, der zu uns gekommen ist, obgleich gerade an einem nicht entfernten Ort in einer anderen Fakultät seine Tochter feierlich ihr Diplom verliehen bekommt.

Es ist Brauch, dass der Institutsdirektor bei dieser Feier etwas zum Stand des OSI und der Politikwissenschaft sagt und sich dabei bemüht, den neuen Alumni etwas mit auf den Weg zu geben. Diesem Brauch folgend, fasse ich mich zum Stand des OSI kurz: Wir stehen, wie man so sagt, gut da in der mehr oder weniger globalen Konkurrenz. Wir werden hoffentlich noch im nächsten oder übernächsten Semester vier neue Professuren besetzen können – für Politik des Vorderen Orients, für Politische Theorie/Ideengeschichte, für Vergleichende Umweltpolitik und für Internationale Politische Ökonomie. Wir haben bereits in diesem Semester drei neue Professorinnen und Professoren begrüßen können. Unsere neuen Studienordnungen sind auf dem Weg der Erprobung und der Akkreditierung weit vorangekommen. Dazu gehört auch, dass wir die OSI-spezifische Wahlfreiheit zwischen Bachelor und Diplom für langfristig bestandskräftig halten und dafür gute Gründe vorweisen können. Das OSI befindet sich, was die Lehrinhalte, Lehrformen und Lehrpersonen angeht, mitten in einem Generationswechsel. Derzeit stehen die Chancen nicht schlecht, dass wir diesen Wechsel mit Solidarität zwischen den Generationen bewältigen können – diese Solidarität ist ja inzwischen in dieser Gesellschaft zu einem kostbaren Gut geworden.

Ein wenig länger will ich bei meiner Aufgabe des „Ihnen etwas auf den Weg Gebens“ verweilen. Ich möchte – im Rahmen der mir gegebenen Zeit – knapp etwas sagen zum Thema „Politikwissenschaft und Politik“. Dazu bringt mich der glückliche Umstand, dass alle unsere drei Hauptrednerinnen zugleich Politikwissenschaftlerinnen und Politikerinnen sind. Gesine Schwan war, wie alle wissen, eine viele Menschen überzeugende Kandidatin für die Bundespräsidentschaft, vorgeschlagen von SPD und Grünen. Gesine Schwan ist Politikwissenschaftlerin von Rang, insbesondere politische Philosophin. Dorothee Mantel, die die erste Absolventinnenrede halten wird, ist Bundestagsabgeordnete der CSU; sie wird, wenn es demnächst zur Bundestagswahl kommt, wieder kandidieren. Dorothee Mantel hat in der letzten Woche ihre Diplomprüfung abgeschlossen und sich damit als Politikwissenschaftlerin qualifiziert. Dasselbe hat Angela Marquardt. Sie wird, alphabetisch geordnet, die zweite Absolventinnenrede halten. Sie war in der vorletzten Legislaturperiode Bundestagsabgeordnete der PDS.

Sicherlich – diese Zusammensetzung unserer Rednerinnen-Liste zeigt, dass Frauen am OSI eine große, hoffentlich künftig noch größere, Rolle spielen und lässt hoffen, dass das Männerbündische in der Politikwissenschaft an Gewicht verliert. Gewiss

zeigt diese Liste auch ein breites parteipolitisches Spektrum. Ich bin gespannt, ob die Rednerinnen dazu etwas sagen werden.

Mir kommt es in diesem Moment auf etwas anderes an: Welchen Unterschied macht es, ob Menschen wie diese drei Frauen oder eben auch Sie und ich als Politikwissenschaftler oder als politisch aktiver Mensch agieren?

Als erstes will ich hervorheben, dass beides nicht verschmelzen sollte, denn: Politik braucht Politikwissenschaft, sonst bliebe sie ohne Aufklärung über sich selbst, und Politikwissenschaft braucht Politik, sonst hätte sie keinen Gegenstand. Der Unterschied ist also erhaltenswert, aber wie? Wie lässt er sich für die Akteure praktizieren, wie lässt er sich leben, wenn diese Akteure zugleich Politikwissenschaftler und Politiker, bzw. politisch engagierte Menschen sind?

Wissenschaft strebt das Erkennen an, die Annäherung an Wahrheit. Politik strebt an, wissenschaftliche Erkenntnis zu nutzen, sei es aus Gestaltungswillen, sei es um der Machterringung oder –erhaltung willen sei es aus beiden Gründen.

Wir Wissenschaftler, wir Professoren, die wir Sie etwas über Politik gelehrt haben, bleiben der Praxis von „Politik als Beruf“ meist fern, natürlich nicht wir alle, manch einer von uns hat schon mal ein Parlamentsmandat oder im Einzelfall sogar ein Minister/Senatorenamt innegehabt und bringt diese Erfahrung in die Lehre der Politikwissenschaft ein. Eine noch größere Zahl von uns engagiert sich zum Beispiel in politischen Initiativen, Parteien, Beraterrunden, Medien. Aus solchen Engagements ergeben sich für die einzelnen neue Anstöße, neue Fragen und Motive für das wissenschaftliche Erkennen. Aber das Erkennen selber braucht den richtigen Abstand zum Gegenstand. Erkenntnisfortschritt über Politik lässt sich auch, und vielleicht gerade auch, aus der Distanz des nicht selber politisch tätigen Beobachters gewinnen.

Umgekehrt hat der praktisch tätige Politiker keinen unmittelbaren Nutzen von der Distanz seines wissenschaftlichen Beobachters. Er wird sich eher belästigt fühlen, wenn er von der Politikwissenschaft mitgeteilt bekommt, er sei z.B. auf gefährliche Weise medienabhängig, er befinde sich zwar im Zustand multipler Beratungsbedürftigkeit, sei aber auch notorisch beratungsresistent, dazu noch chronisch machtabhängig und dadurch verdummungsgefährdet. Aus solchen Klagen und Anklagen der Wissenschaftler gegen die Politiker, so begründet sie sein mögen, lässt sich viel Arroganz der Wissenschaft aufbauen – der die Politiker dann mit der Arroganz der Praxis zuweilen patzig entgegentreten: Ihr habt ja keine Ahnung! Kommt Ihr doch erst mal in meine Situation! Das ist reine Theorie, taugt aber nicht für die Praxis! Basta!

Es wäre eine gute Regel, dass Wissenschaft und Politik sich nicht nach dem Schema gegeneinander aufbauen sollen: Ich weiß, was richtig ist und was die andere Seite tun muss.

Auf der Seite schlechter Wissenschaft – und ich scheue mich nicht, darunter einen großen Teil des Beratungswesens und insbesondere die selbsternannten Wirtschafts“weisen“, also den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, zu zählen – lautet die anmaßende Botschaft: Es gibt die eine wissenschaftlich richtige Politik, vor allem Wirtschaftspolitik, und die

Politiker sind leider zu unfähig oder zu unklug, diese durchzusetzen. Das ist eine autoritäre, wenn nicht totalitäre Wissenschaft, die allen demokratischen Grundsätzen zuwiderläuft. Denn wenn die Wissenschaft schon weiß, was richtig ist, dann gibt es keinen Grund, das Volk noch danach zu fragen, was es selber als demokratischer Souverän richtig findet. Wir Politikwissenschaftler haben allen Grund, diese anmaßende autoritäre Wissenschaft nicht so sehr zum Partner kollegialer Diskurse sondern zum Gegenstand unserer kritischen Wissenschaft zu machen. Denn unsere Wissenschaft befasst sich mit angemessener und legitimer Herrschaft, mit ihren realen und normativen Grundlagen.

Ich habe die Regel vorgeschlagen, dass Wissenschaft und Politik sich nicht gegeneinander nach dem Schema: Ich weiß was richtig ist und was Du tun musst, positionieren sollten.

Das gilt auch für die Politik, wenn sie der Wissenschaft vorschreiben will, was sie zu tun hat. Auch die Politik hat kein Recht zu behaupten, dass es keine Alternative gebe. Darüber hinaus sollte sie nicht die Wissenschaft rein politischen Zielen, etwa der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland, zu unterwerfen suchen.

Aber zurück zu unseren Rollen, also zur Frage nach der Vereinbarkeit von Prinzipien des politikwissenschaftlichen Handelns einerseits, des politischen Handelns andererseits.

Die Frage betrifft Sie, liebe Absolventinnen, ja viel mehr als uns Lehrende.

Die meisten von Ihnen werden nicht als WissenschaftlerInnen arbeiten, sondern Sie werden Ihr wissenschaftliches Wissen außerhalb des Systems Wissenschaft verwerten – etwa als Journalisten, die eine Sache nicht lange untersuchen können, sondern schnell auf den Punkt bringen müssen. Oder als Berater und Assistenten von politischen Akteuren in Parlamenten, Parteien, Ministerien, Interessenverbänden. Oder selbst als Politiker, die um Wiederwahl und Gestaltungsmacht kämpfen und wissenschaftliche Expertise von anderen (meist gar nicht so sehr von Politikwissenschaftlern) benötigen.

Wozu ist Ihnen in solch einem Falle also das Studium der Politikwissenschaft, an dessen Ende Ihnen ausdrücklich mit dem OSI-Diplom die Fähigkeit zu selbständigem wissenschaftlichen Arbeiten bescheinigt wird, von Nutzen? Haben nicht diejenigen Kritiker Recht, die in der bildungspolitischen Debatte behaupten, es sei der Hauptfehler der deutschen Universität, ihre Absolventen samt und sonders zu Wissenschaftlern prägen zu wollen, während doch der Arbeitsmarkt nach PraktikerInnen, die zur Anwendung, aber nicht zur Produktion von Wissenschaft fähig seien, verlange? – Nein, so denke ich: Diese Kritiker haben nicht recht.

Denn ich hoffe, dass das von Ihnen mit Erfolg abgeschlossene wissenschaftliche Studium am OSI Ihnen auch für jede künftige Praxis von Nutzen sein wird, und ich hoffe, dass zu diesem Nutzen mindestens die folgenden drei Elemente einer politikwissenschaftlichen Qualifikation gehören:

1. Bei allem politischen Engagement für Ziele, Programme, Personen, Sachen und Interessen: Die Fähigkeit, einen Moment innezuhalten, sich neben sich

selbst zu stellen, sich zu beobachten und zu fragen, ob das alles noch wahr, sinnvoll, richtig und gewollt ist.

2. Die politologische Spezialqualifikation, verschiedene wissenschaftliche, philosophische und interessenpolitische Perspektiven probeweise einnehmen und verstehen zu können. Diese Selbst-Pluralität sollten Sie niemals aufgeben. Sie ist Ihr Vorteil auf dem Arbeitsmarkt gegenüber den Nur-Juristen, Nur-Ökonomen, Nur-Empirikern etc. Sie ist aber zugleich auch eine Stütze für Ihr Selbst: Sie wissen, dass Sie einen Überschuss haben gegenüber den vom jeweiligen Job aufgezwungenen Verengungen des Blickwinkels.
3. Und damit haben Sie als zu politikwissenschaftlicher Analyse Befähigte natürlich auch etwas gelernt, was in anderen Hochschulfächern immer weniger zu den Ausbildungszielen gehört: Die Fähigkeit zur Kritik. Zur Kritik an sich alternativlos gebender Wissenschaft wie an sich als alternativlos aufspielender Herrschaft – aber selbstverständlich auch zur Kritik an simplifizierender Demagogie.

Ich möchte Sie deshalb mit dem Wunsch aus dem OSI-Studium entlassen, dass Sie, in welchem Beruf auch immer, gute Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler bleiben und dabei zugleich zu politischem Engagement mit Herz und Verstand bereit bleiben.